

Magdeburg, 1. Juni 2018  
Staatskanzlei, 15:30 Uhr

## Zur Bedeutung der Staatsgründung von Israel im Mai 1948

1. Sehr geehrte Alexandra Mehnert,  
sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr.  
Haseloff,  
Exzellenz, sehr geehrter Herr Botschafter  
Issacharoff,  
meine sehr verehrten Damen und Herren.
2. Ich bin gerne heute nach Magdeburg  
gekommen, in eine Stadt, die ich noch als  
rheinland-pfälzischer Ministerpräsident  
besucht habe, als mich der Zustand vieler  
historischer Bauten erschütterte, die heute  
aufgeblüht ist und zu den schönsten  
Hauptstädten Deutschlands zählt.

Dank für die Einladung.

Ich freue mich, dass die Veranstalter den siebzigsten Jahrestag der Staatsgründung Israels zum Anlass für unsere heutige Begegnung gemacht haben.

Vor fast sechzig Jahren habe ich Israel zum ersten Mal besucht. Für mich Anlass, als Lehrbeauftragter an der Universität Heidelberg ein Seminar über das Regierungssystem Israels anzubieten und im Anschluss daran mit meinen Studenten zu einer der ersten Begegnungen deutscher und israelischer Studenten wieder nach Jerusalem zu reisen.

Unzählige weitere Israel-Reisen sollten folgen. Als rheinland-pfälzischer Kultusminister, als Ministerpräsident, als Thüringer Ministerpräsident, als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, als Mitglied der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, als Vorsitzender der deutschen Sektion der Jerusalem-Foundation. Insbesondere mit Teddy Kollek, dem unvergessenen Bürgermeister Jerusalems, aber auch mit Shimon Peres und mit Avi Primor, dem ersten Botschafter Israels in Deutschland, verband mich eine enge Freundschaft.

Deutschland und Israel – eine Beziehung besonderer Art, mit keiner Beziehung zu einem anderen Staat in der Welt vergleichbar! Dass Deutschland und Frankreich, die vermeintlichen Erzfeinde, Freunde geworden sind, ist großartig, dass Deutschland und Israel Freunde geworden sind, gleicht einem Wunder. „Nur wer an Wunder glaubt ist ein Realist“ meinte einst Ben-Gurion.

3. Weil dieses Wunder nicht selbstverständlich ist und nicht zu einer Selbstverständlichkeit werden darf, sollte man auf das, was geschehen ist, zurückblicken. Denn in der Tat: Wer nicht weiß, woher er kommt, weiß nicht, wo er sich befindet und weiß nicht, wohin er gehen soll!

Vor allem die heute verantwortliche Generation und die junge, nachwachsende Generation muss die Vergangenheit kennen, um für Gegenwart und Zukunft gewappnet zu sein. Sie sind nicht verantwortlich für das, was geschehen ist. Aber sie sind dafür verantwortlich, dass so etwas sich nie wieder wiederholt.

Wer sich heute mit Israel beschäftigt, muss wissen wie weit der Weg gewesen ist, den

Israel und Deutschland in den letzten siebzig Jahren zurückgelegt haben, wie unglaublich es ist, dass er überhaupt beschritten werden konnte.

„Gültig für alle Länder, mit Ausnahme Deutschlands“ stand in den ersten israelischen Reisepässen.

4. Am 14. Mai 1948 ruft Ministerpräsident David Ben-Gurion den „Staat Israel“ aus. An einem Freitagnachmittag, kurz vor 16:00 Uhr – 2,5 Stunden vor Sonnenuntergang, bis zum Beginn des Shabbat, acht Stunden bevor um Mitternacht das britische Mandat endet, Ben-Gurion will Tatsachen schaffen. Er verliest die Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel. In einem Museumssaal in Tel Aviv. An der Wand hängt ein Portrait Theodor Herzls, der fünfzig Jahre zuvor in einer Schrift, („der Judenstaat“) seine Idee von einem Judenstaat – idealerweise in der historischen Heimat des Judentums, also in Palästina - entworfen hatte. Der Grundstein ist gelegt. Noch in der Nacht vom 14. auf den 15. Mai greifen ägyptische Bomber Tel Aviv an. Die erste Nacht des Staates Israel fand in Verdunkelung statt. Der Unabhängigkeitskrieg zwischen Israel und

sechs arabischen Staaten beginnt. Bis heute folgen ihm immer neue, schreckliche und blutige kriegerische Auseinandersetzungen. Alle Kriege werden von Israel gewonnen. Heute – siebzig Jahre später, ist Israel ein modernes, blühendes, vitales, junges, hoch technologisches, militärisch starkes, in seiner Existenz nicht bedrohtes, demokratisch legitimates Land. In dem nicht wie 1948 700 000, sondern über sieben Millionen Menschen leben. Ein selbstverständlich gewordener Staat, von dem wir täglich hören, in den wir ohne Probleme reisen können. Der gleichwohl den Frieden mit seinen Nachbarn bis heute nicht gefunden hat.

5. Der Staatsgründung vorausgegangen waren unheilvolle Jahrzehnte. Bis 1917/18 war Palästina ein Teil des osmanischen Reiches. Schon zuvor, schon 1882 begann die zionistische Einwanderung, zunächst überwiegend aus Russland und Polen. 1904 – 1914 folgte eine zweite Einwanderungswelle. Tel Aviv wird gegründet. Die ersten Kibbuzim entstehen. Die hebräische Sprache wird wiederbelebt. 1917/18 kommt es zur Eroberung durch die Briten. Palästina wird britisches Völkerbundmandat (1922-1948). In

der Balfour-Deklaration wird den Zionisten versprochen, in Palästina eine „Heimstadt für das jüdische Volk“ zu errichten. Die extrem antisemitische Politik Polens und Deutschlands löst seit 1932/33 eine neue große jüdische Einwanderungswelle aus. In der Zeit des Nationalsozialismus suchen Millionen europäischer Juden verzweifelt eine neue Heimstatt, um den von Hitler organisierten Massenmorden zu entfliehen. Viele von ihnen werden schon an der Küste abgewiesen. Die arabische Bevölkerung bekämpft die „Judaisierung“ Palästinas. Die britische Regierung begrenzt seit 1939 die jüdische Einwanderung und jüdische Landkäufe drastisch (75.000 in fünf Jahren). 1944 kommt es zur Revolte der jüdischen Untergrundarmee gegen die britische Mandatsmacht. Die UN-Vollversammlung beschließt auf Bitten Großbritanniens 1947 mit starker Mehrheit die Teilung Palästinas und ermöglicht damit die Gründung eines jüdischen Staates.

6. Vom 5. – 10. Juni 1967 kommt es zum 6-Tage-Krieg gegen Ägypten, Syrien und Jordanien. Israel erobert das Westjordanland, die so genannte West Bank, die Golanhöhen

von Syrien, den ägyptisch verwalteten Gaza-Streifen und die Sinai-Halbinsel von Ägypten.

7. Am Tag der Staatsgründung Israels lag Deutschland moralisch und materiell in Trümmern, in vier Zonen geteilt, politisch nicht handlungsfähig, in der ganzen Welt verachtet. Der Parlamentarische Rat nimmt erst im Laufe des Jahres 1948 seine Arbeit auf, erst im Herbst 1949 wird Konrad Adenauer zum Bundeskanzler gewählt. Nur langsam begreifen wir Jüngeren – ich war bei Kriegsende zwölf Jahre alt – was Furchtbares in deutschem Namen geschehen war. Bald beginnen Verhandlungen zwischen dem israelischen Ministerpräsidenten Ben-Gurion, dem Vorsitzenden der Jewish Claims Conference, Nahum Goldmann, und Bundeskanzler Adenauer. 1951, im September, erkennt der Deutsche Bundestag die deutsche Verantwortung für die Verbrechen an den Juden während der NS-Zeit an. Im Luxemburger Abkommen von 1952 verpflichtet sich Deutschland zu Lieferungen von Waren im Wert von 3,5 Milliarden DM in vierzehn Jahren. Tatsächlich sollte Deutschland bis 2007 25 Milliarden Euro Reparationen an den israelischen Staat

und einzelne israelische Holocaustüberlebende zahlen. Im daniederliegenden Deutschland war die Ratifizierung des Abkommens innenpolitisch und koalitionspolitisch höchst umstritten. Bei der Verabschiedung im Deutschen Bundestag im März 1953 fand er nur eine knappe Mehrheit. Obwohl Konrad Adenauer es aus moralischen Gründen und als Vorbedingung für die von ihm angestrebte Westbindung für unverzichtbar erklärte, fürchteten namhafte Politiker wie Thomas Dehler und Franz Josef Straus das Verhältnis zu den arabischen Staaten nachhaltig belastet. Nach Allensbach befürworteten nur 11 % der Bevölkerung des Abkommen vorbehaltlos. Im israelischen Parlament, der Knesset, führte die Bereitschaft, Reparationszahlungen der Bundesrepublik anzunehmen, verständlicherweise zu heftigsten Debatten, aber die wirtschaftlich äußerst prekäre Lage des jungen Staates führte schließlich unter großem Bedenken dazu, mit Deutschland einen Vertrag abzuschließen. Sachschäden sollten kompensiert werden, nicht Schulden getilgt. Für geraubtes Vermögen Ermordeter sollte gezahlt werden. Der häufig verwendete



Begriff „Wiedergutmachung“ war fehl am Platze.

Im März 1960 kommt es zu einem ersten inoffiziellen Zusammentreffen von Konrad Adenauer mit David Ben-Gurion in New York – aus dem sich eine persönliche Freundschaft entwickelte. Als Altkanzler hat Adenauer Ben-Gurion in seinem Kibbuz in der Negev Wüste besucht. Zu offiziellen diplomatischen Beziehungen, die schon seit dem Luxemburger Abkommen gefordert worden waren, kam es erst im Mai 1965 – siebzehn Jahre nach der Staatsgründung Israels, vor 53 Jahren – Bundeskanzler Ludwig Erhard leitet sie – gegen den Rat des Auswärtigen Amtes – ein und nimmt in Kauf, dass zehn arabische Staaten im Gegenzug ihre Beziehungen zur Bundesrepublik abbrechen. Als der erste deutsche Botschafter sein Beglaubigungsschreiben überreicht, kommt es in Israel zu massiven Protesten.

8. Schon 1966 kommt es zur Gründung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Freunde Israels engagieren sich in ihr bis heute in überparteilicher Zusammenarbeit, unsere Beziehungen zu Israel und seiner Bevölkerung zu vertiefen. Der deutsch-

israelische Jugendaustausch nimmt seine Arbeit auf. Der Studentenaustausch beginnt. Im Rahmen der Aktion Sühnezeichen leisten über 2500 Freiwillige Friedensdienst in Israel. Inzwischen existieren über hundert Städtepartnerschaften. Allein Haifa unterhält zu fünf deutschen Städten partnerschaftliche Beziehungen. Alle deutschen Politischen Stiftungen sind in Israel tätig. Die Konrad-Adenauer-Stiftung seit über 35 Jahren. Heute gilt bei jungen Israelis Berlin als das attraktivste Reiseziel, noch vor New York, London oder Paris. Nirgendwo wird so viele israelische Literatur übersetzt wie in Deutschland.

9. Bundespräsident Rau spricht im Jahre 2000 als erster deutscher Politiker vor der Knesset und bittet um Vergebung für die Verbrechen des Holocaust. Zum sechzigsten Geburtstag der Unabhängigkeit Israels – 2008 - reist Angela Merkel zu einem Staatsbesuch nach Israel. Es kommt zum ersten Treffen zwischen dem deutschen Bundeskabinett und einem Kabinett außerhalb Europas. Jährliche gemeinsame Regierungskonsultationen werden für die Zukunft vereinbart. Angela Merkel spricht als erste ausländische

Regierungschefin in der Knesset und definiert die Verteidigung der Sicherheit Israels als Teil der deutschen Staatsraison. Sie ist niemals verhandelbar. Eine herausragende, bestimmende und auch bewegende Festlegung. Sie knüpft dabei an das Wort Adenauers an: „Israel ist für uns kein Staat wie jeder andere, wir Deutschen tragen eine Mitverantwortung für diesen Staat“.

Die Bundesrepublik hat sich von Anbeginn an zur Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches bekannt und damit auch zu ihrer

Verantwortung, was in deutschem Namen nach 1932 geschehen ist. Die DDR hingegen hat die Existenz Israels geleugnet.

Diplomatische Beziehungen bestanden nicht. Israel wurde als „Marionetten-Staat der USA“ dargestellt. Die Juden wurden als eigenständige Opfergruppe im Dritten Reich weitgehend verschwiegen. Es wurde keinerlei „Wiedergutmachung“ geleistet. In

Buchenwald kam Israel in der offiziellen Ausstellung nicht vor. Dass dort Juden umgekommen waren wurde nicht erwähnt, nur von Antifaschisten war die Rede. In der „Straße der Nationen“ fehlte Israel. Erst die erste freigewählte Volkskammer bittet im April 1990 „das Volk in Israel um Verzeihung

für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staate Israel“.

10. Die Gründung des Staates Israel erfüllt uns nach 70 Jahren mit Freude und Dankbarkeit. Zurecht hat sich der Deutsche Bundestag aus Anlass der Staatsgründung Israels nach einer kontroversen, von der Auseinandersetzung mit dem aktuellen Antisemitismus beherrschten Debatte mit den Stimmen aller Fraktionen – nur die Linke hat sich enthalten – zur Existenz des jüdischen Staates Israel bekannt. Und gerade weil das so ist, besorgt uns, was sich gegenwärtig vor unseren Augen im Vorderen Orient abspielt: In Israel, im Gaza-Streifen, in Syrien, im Libanon, in Jordanien, im Iran, im Irak, in Saudi-Arabien und auch in der Türkei. Die Zeichen stehen auf Hass und Gewalt, nicht auf Frieden.
  
11. Und es bewegt uns, dass erneut zum Teil aggressiver Antisemitismus in Europa an der Tagesordnung ist. Nicht nur in Deutschland, aber schandbarerweise auch in Deutschland. Es darf doch nicht sein, dass Kinder als Juden gemobbt und körperlich attackiert werden. Es wäre unerträglich, wenn erneut jüdisches Leben in Europa ohne Angst nicht möglich

wäre. Wachsamkeit ist geboten – Wachsamkeit, nicht Ängstlichkeit, denn Ängstlichkeit ist ein schlechter Ratgeber. Entschiedenheit ist geboten. Wenn ein deutscher Parlamentarier, der Thüringer Landes- und Fraktionsvorsitzende der AfD ungestraft sagen darf (in seiner Dresdner Rede vom 17. Januar 2017), im Herzen der deutschen Hauptstadt, in Berlin, sei ein Denkmal der Schande entstanden, dann ist das eine Schande, die wir nicht hinnehmen dürfen, zu der wir nicht schweigen dürfen.

12. Die Last der deutsch-jüdischen Vergangenheit ist nach wie vor präsent und sie muss für die Zukunft präsent bleiben. Nichts, was das Verhältnis von Deutschen und Juden betrifft, kann ohne den Schatten der Shoah bedacht werden. Die deutsch-israelischen Beziehungen können niemals alltägliche Routine sein. Nicht obwohl, weil wir uns als Deutsche besonders in die Pflicht genommen wissen, sollten wir in der Gegenwart nicht schweigen, sondern Position beziehen. Nicht jede Äußerung der amtierenden israelischen Regierung, nicht jede Entscheidung des amerikanischen Präsidenten muss von uns

gutgeheißen werden. Auch Kritik muss erlaubt sein. Wir meinen, dass nur eine Zwei-Staaten-Lösung dauerhaften Frieden sichern kann, dass der endgültige Status Jerusalems – der Sehnsuchts- und Bezugsort dreier Weltreligionen – erst in einem Friedensvertrag festgelegt werden sollte, dass der Bau weiterer israelischer Siedlungen in den besetzten Gebieten zu neuen Gewalttaten führen wird, dass die geplanten Regierungskonsultationen auf sich warten lassen. Darüber sollten wir in der anschließenden Gesprächsrunde sprechen.

13. Die Erinnerung an die Staatsgründung Israels sollte uns ermutigen, nicht nur dankbar zurück, sondern vor allem mutig in die Zukunft zu blicken. Ich wiederhole, was ich vor Jahren in das Gedenkbuch in Yad Vashem geschrieben habe: „Wir wollen nicht vergessen, aber wir wollen gemeinsam eine bessere Zukunft gestalten“.